

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

11.12.1919 (No. 290)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. K. M. v. B.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Buch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Postgebühren 5 M 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zuzüglich 20 % Feuerungszulage. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabebewerbung, wannweiliger Versendung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten ist der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird kein Gewerbe übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verletzungen übernommen.

An unsere Leser!

Die Zeitungen sind in schwerer Bedrängnis, immer höher steigt der Papierpreis, er hat jetzt schon das Sechsfache des Friedenspreises erreicht und doch steht für den 1. Januar wiederum eine neue Steigerung in Aussicht, die alle früheren Aufschläge übersteigen wird. Wie das Papier, so sind auch alle anderen Rohstoffe teurer geworden, die zum Zeitungsdruck erforderlich sind. Die Farbe kostet sechsmal, Blei und Maschinöl vierzehnmal mehr als im Frieden; daneben steigen die Löhne, die Steuern, der Aufwand für die Zeitung, kurz die Lasten werden unerträglich und ein Ende ist nicht abzusehen. Der Bezugspreis der Zeitungen steht zu diesen Preissteigerungen in keinem Verhältnis mehr. Die Zeitungen haben sich immer bemüht, den Kampf gegen ungerechtfertigte Verdrängung und gegen Wucher nicht nur in ihren Spalten, sondern auch praktisch zu führen, insofern, als sie ihre Bezugs- und Anzeigenpreise nur notgedrungen und nur soweit erhöht haben, als zur Aufrechterhaltung ihrer Existenzfähigkeit notwendig war. Während die Kosten der Herstellung sich etwa verdoppelt haben, haben die Zeitungen ihre Preise im allgemeinen kaum um das Dreifache erhöht; dieses Mischverhältnis muß gemindert werden, wenn die Zeitungen nicht zugrunde gehen sollen. Der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger darf deshalb wohl erwarten, daß die Leser dieser Lage Verständnis entgegenbringen und die für den 1. Januar 1920 beschlossene Erhöhung des Bezugspreises um mindestens 20 Pfg. für dreimal, mindestens 40 Pfg. für sechsmal wöchentlich, und mindestens 60 Pfg. für zweimal täglich erscheinende Zeitungen als notwendig anerkennen und ihrem Blatt trotz dieser Aufschläge die Treue bewahren werden.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1919.
Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger.
Der Vorstand:
Dr. Kuttel, Verleger der Karlsruher Zeitung; H. Bode, Verleger des Badischen Anzeigers; A. Gengenbach, Verleger des Mannheimer Tagblatt; K. G. Schmann, Direktor des Badischen Beobachters in Karlsruhe; Dr. Jaeger, Verleger der Pfälzer Zeitung in Speyer; R. Kaehler, Verleger des Randaaner Anzeigers; K. Rühl, Verleger des Badener Tagblatt; M. Dr. Mann, Verleger der Freiburger Zeitung; K. Pfeiffer, Verleger des Weidensberger Tagblatt; W. Waldkirch, Verleger der Pfälzischen Rundschau in Ludwigshafen; S. Zschneid, Verleger d. Offenburger Zeitung.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Rundgebung des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger geben wir bekannt, daß sich der Bezugspreis unserer Zeitung vom 1. Januar 1920 ab um 40 Pfg. monatlich erhöht.
Verlag der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Teil.

Überfuhrgebühren für die Erpreßgüter von den Stadtnahmestellen nach den Bahnhöfen.

** Der ständig steigende erhebliche Aufwand an Miete, Überfuhrgebühren für die Fuhrunternehmer u. Löhnen zwingt die Eisenbahnverwaltung, für die bisher unentgeltl. Überführung der bei den Stadtnahmestellen in Karlsruhe, Mannheim und Freiburg ausgelieferten Erpreßgüter nach den Bahnhöfen eine Gebühr zu erheben. Unter möglicher Berücksichtigung der Verdienerinteressen wurden die Gebühren wie folgt festgesetzt:
für Sendungen bis einschließlich 10 Kilogramm 10 Pfg., für Sendungen über 10 Kilogramm bis einschließlich 50 Kilogramm 20 Pfg., für Sendungen über 50 Kilogramm 40 Pfg. Die Gebühren kommen voraussichtlich ab 1. Januar 1920 zur Erhebung.

Zusammenstellung von Höchst- und Richtpreisen nach dem Stand vom 1. Nov. 1919.

** Das Landespreisant veröffentlicht demnächst eine Zusammenstellung der für Baden geltenden Höchst- und Richtpreise nach dem Stand vom 1. November 1919. Für die in alphabetischer Folge geordneten Gegenstände sind die noch geltenden Verkehrsverordnungen (z. B. Beschlagnahme, Ablieferungsplafond, Verkehrsbeschränkung, besondere Handelsverordnungen) zusammengestellt. Die Geschäftsmitteilung wird auf dieses für sie wichtige Buch hingewiesen. Bestellungen sind an das Landespreisant, Karlsruhe, Kriegsstr. 5, zu richten. Der Preis für das über 300 Seiten starke Heft beträgt 5.— Mark.

Der Preis für Weihnachtskerzen.

** Es werden zur Zeit Weihnachtskerzen zu Wucherpreisen angeboten. Das Landespreisant macht darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen der Mineralölüberfuhrungs-gesellschaft der Preis für Christbaumkerzen 1.80 Mark für das 1/2 Pfundpaket (Inhalt ungefähr 20—24 Stück) nicht übersteigen darf. Dieser Preis gilt auch für Auslandskerzen.

Bekämpfung des Schleichhandels.

** Die Kontrollbeamten des Landespreisamts, Zweigstelle Konstantz, hatten in letzter Zeit auf dem Gebiete der Bekämpfung des Schleichhandels wieder gute Erfolge zu verzeichnen. Unter anderem wurde beschlagnahmt:

1 Ose mit über 19 Zentnern, 2 Schweine mit zusammen 442 Pfund, 2 Käber, 1 Hind, 530 Pfund Fleisch, 1280 Pfund Fett, 40 Pfund Butter, 370 Pfund Mehl, 14 Zentner Weizen, 40 Liter Branntwein, 6300 Stück Schweizerkumpen, 1 Wagen Brennholz, 130 Pfund Leinfamen und 2 Kalbfelle.

* Baden und das Reich.

Wenn man bisher in Berlin die hundertfältigen Klagen und Beschwerden, Bitten und Hilferufe aus dem badischen Lande teils unbeachtet gelassen, teils nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt hat, so wird vielleicht der Verlauf der gestrigen Landtags-Sitzung hierin einen Wandel zum Besseren herbeiführen. Wir hoffen es wenigstens!
Denn wir haben zu der politischen Einsicht der verantwortlichen Staatsmänner in Berlin doch das Vertrauen, daß sie es nicht noch zu einer weiteren Verschärfung der bei uns bestehenden Mißstimmung kommen lassen werden. Ferner aber sind wir überzeugt davon, daß es keineswegs immer die Schuld der Reichsminister ist, die wir zu beklagen haben, sondern, daß es der bureaukratische Apparat, die Unfähigkeit einzelner nachgeordneter Stellen ist, der wir jene schlechte Behandlung Badens zur Last zu legen haben.
Wir sind gerecht genug, anzuerkennen, daß die Verhältnisse heutzutage außerordentlich schwieriger geworden sind, und daß es oft sehr schwer, manchmal beinahe unmöglich ist, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Und wir wollen auch nicht außer Acht lassen, daß die Behördenorganisation im weitesten Sinne dieses Wortes in Berlin heute überhaupt noch nicht abgeschlossen ist, da immer neue Aufgaben immer neue Umorganisationen erfordern. Die grundlegenden Umwälzungen der Revolution haben uns nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch in bezug auf die Organisation der Ministerien und Behörden vor ganz neue, zum Teil recht komplizierte Probleme gestellt. Man kann eben nicht erwarten, daß sich bereits nach einem Jahr alles so eingepiekt hat, wie man es eigentlich wünschen möchte.
Wir geben dieses alles unumwunden zu und lassen eine jede vernünftige Entschuldigung gelten. Aber gerade, weil wir das tun, glauben wir umso mehr im Recht zu sein, wenn wir sagen, daß die Art und Weise, wie Baden von Berlin aus tatsächlich behandelt wird, mit allen diesen Umständen nicht entschuldigbar werden kann. Das Bayern und Württemberg gegenüber möglich ist, sollte auch Baden gegenüber möglich sein. Völlig unangebracht ist es aber, wenn unsere begründeten Beschwerden und Anregungen mit einer solchen Nachlässigkeit abgetan werden, wie wir es in letzter Zeit häufig genug feststellen mußten.

Es ist ein Skandal, daß Baden allein wieder vor einer unmittelbaren Kohlenkrise steht; die übrigen südwestdeutschen Staaten haben genügend Kohlenvorräte bekommen. Die Knappheit unserer eigenen Kohlenvorräte ist so, daß wir nur noch 3 1/2 Tage damit ausreichen können, und auch heute schon wieder die bange Frage vorliegen muß, ob der Eisenbahnverkehr nicht wieder eingeschränkt werden soll. Gewiß rollen noch Kohlen heran, und auch Schiffe mit Kohlen sind zu uns unterwegs. Aber wir wissen nicht, wann die Kohlen wirklich eintreffen werden. Während wir bei der Verkehrsperre bei uns in Baden den Verkehr völlig eingestellt hatten, wurde er auf anderen deutschen Bahnen unter einer gewissen Verschleierung aufrecht erhalten. Mit den Kartoffeln liegt es nicht anders. Obwohl es bekannt ist, daß wir die Bedürfnisse unserer Bevölkerung aus der eigenen Kartoffelerzeugung nicht decken können, haben wir aus Norddeutschland noch keinen Zentner Kartoffeln erhalten. In den Reichsbehörden in Berlin sind, wie wir schon einmal an dieser Stelle betonten, badische Staatsangehörige garniert oder nur in ganz verschwindendem Maße angestellt, und im Lande herrscht die Verfürgung, daß das im Werden begriffene Reichsministerium für Verkehrsweisen ohne Vertretung unseres Staates gebildet werden soll.
Die badische Regierung hat alles nur Menschenmögliche getan, um die badischen Interessen zu wahren und unsere berechtigten Wünsche mit Nachdruck zu vertreten. Diese Tatsache ist so offenkundig, daß sie kaum von jemand bestritten wird. Der Landtag selbst hat sie mehrfach unumwunden anerkannt.
Da es so, wie bisher, nicht weiter gehen kann, hat sich die Empörung unserer Bevölkerung in

der gestrigen Landtags-Sitzung in einer Weise bemerkbar gemacht, die der Reichsregierung hoffentlich zeigen wird, daß hier unbedingt Wandel geschaffen werden muß. „Wir Badener haben es satt, uns schlechter behandeln zu lassen als die anderen Länder.“ Der Finanzminister Dr. Wirth hat diese Worte des Abgeordneten Seubert noch unterstrichen, die Verechtigung der Klagen ausdrücklich anerkannt und im Namen der Regierung erklärt, daß man allerdings den Eindruck habe, als Mißhandlung behandelt zu werden. Wir sind aber nicht gesonnen, uns das länger gefallen zu lassen. Diese Behandlung ist, wie der Finanzminister betonte, ungerecht und nicht zu entschuldigen. Er hat es deshalb begrüßt, daß die Volksvertretung selbst im Landtag ein ernstes Wort gesprochen habe. Die Regierung werde in Zukunft nicht nur mit Protesten arbeiten, sondern auch zu handeln wissen.

Baden ist von jeher das Land gewesen, das sich durch besondere Reichstreue ausgezeichnet hat. Es ist ein schlechter Dank, den wir jetzt ernten, und er muß in der gesamten badischen Bevölkerung tiefen Unmut hervorrufen. Die Worte des Finanzministers werden jedenfalls von der ganzen Bevölkerung gebilligt. Es gibt keine Partei, die die Verechtigung unserer Klagen nicht anerkennt. Das Land steht in dieser Frage völlig geschlossen hinter seiner Regierung. Und es darf erwarten, daß nun endlich in Berlin eine andere Behandlungsmethode Platz greift.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurde die zweite Beratung des Beschlusses über das Reichsnotopfer fortgesetzt.
Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die gestrigen Szenen bei weitem nur, daß die Rechte den Mann schießen will, der mit beispielloser Energie Deutschland aus dem finanziellen Elend zu retten sucht. Herrn Eugenbergs Angriffe waren sorgfältig vorbereitet. Herr Eugenbergs, der die Beamten des Kriegsministeriums korrumpiert hat, will von Korruption reden. (Der Präsident rüht diesen Ausdruck.) Eugenbergs hat Landesverrat betrieben, indem er ein Stück wertvollen deutschen Landes dem Feind anbot. (Der Präsident: Ich kann diesen Ausdruck nicht zulassen, ebenso wie ich ihn gestern nicht zugelassen habe.) Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Entente Hand auf das Notopfer legt. Wir haben nur wenige Abänderungsanträge zu stellen.
Abg. Jarwid (Zentr.): Zu schonen sind bei der Anspannung des Besten die Familie und die werbende Arbeit. Das ist im Gesetz gegeben.
Namens aller Parteien aus dem besetzten Gebiet erklärt der Abg. Jarwid: Wir verwahren uns dagegen, verschwiegen zu werden. Wir sind noch nicht tot, sondern haben noch 15 Jahre lang das Elend der Besetzung zu tragen. Aber wir bleiben heuchisch.
Namens der Demokraten erklärte Dr. Petersen, daß seine Partei in der zweiten Lesung für das Gesetz stimme, für die dritte Lesung sich aber ihre Stellungnahme vorbehalten werde.
Abg. Beder-Hessen (D. V.) wies darauf hin, daß der Betrag von jährlich 2 1/2 Milliarden vom Volk aufzubringen wäre durch eine laufende Abgabe von Vermögen.
In längeren Ausführungen versuchte Reichsfinanzminister Erzberger noch einmal, alle Vorzüge des Notopfers hervorzuheben, wobei er auch die Bedenken gegen das Gesetz zugeb; doch gebe es starke Gründe, die zur Hintanhaltung dieser Bedenken zwingen. Dem Abg. Eugenbergs gegenüber versuchte Erzberger darauf hin, daß der ungeheure Gegensatz zwischen großen Vermögen und Vermögenslosigkeit ausgeglichen werden müsse. Die großen Vermögensansammlungen vor und während des Krieges müßten abgebaut werden, sonst könne keine Regierung unsere Wirtschaft wieder aufwärts führen. Die Zwangsanleihe würde die großen Vermögen ertraglos machen. Das Notopfer entziehe dem Gesamtvermögen jährlich 2,8 Milliarden einschließlich der Zinsen. Die Familie und die werbende Arbeit sollen bei der Ausführung des Gesetzes geschont werden, gleich wie die kleinen Rentner. Aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen sei schnellste Verabschiedung des Notopfers erforderlich.
Der Unabhängige Wurm steht in den Anträgen der Rechten nur die Bemühung, die schweren Lasten den Massen aufzuladen. Seine Partei bewillige keinen Pfennig, der die arbeitenden Massen belaste.
Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Herborgs haben ist, daß Dr. Eugenbergs Herrn Erzberger nur vorgeworfen haben will, daß seine Politik zur Besetzung des Ruhrgebietes führen könnte; er habe das nicht gewünscht, und von ihm glaube das auch niemand.
In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag Beder-Hessen mit 236 gegen 43 Stimmen abgelehnt, der Paragraph 1 nach Ablehnung des Zusatzantrages Arnstadt in der Kommissionssatzung angenommen. Bei Paragraph 5 wünscht Erzberger (Soz.), daß auch die Kirche und ihr Vermögen unter das Notopfer falle. Von den Sozialisten sollen nur die den Gemeinden und Gemeindeverbänden gehörenden Abgaben frei sein. Minister Erzberger bittet, bezüglich der Sozialisten zu

der Regierungsvorlage zurückzuführen. Die Kirche zum Notopfer heranzuziehen, wäre antiklerikal, wenn man die politischen Vereine, Turnvereine usw. frei ließe. Der sozialdemokratische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu besteuern, wird abgelehnt, der Paragraph 6 in der Ausschussfassung angenommen.

Am 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Bisher erste Beratung einer Novelle zum Bankgesetz.

Der Steueraussschuß der Nationalversammlung erörterte den Antrag Trimborn über den Entwurf eines Gesetzes über Steuernachfrist (Generalpardon). Reichsfinanzminister Erzberger führte aus, daß er keine unüberwindlichen Bedenken dagegen habe. § 1 des Entwurfs wurde darauf mit einigen Änderungen angenommen, wonach ein Steuerpflichtiger wie auch seine Erben strafflos bleiben, wenn er aus eigenem Antrieb spätestens bei der ersten Veranlagung zur Steuererklärung oder, falls er eine solche nicht abgegeben hat, auf öffentliche Aufforderung sein Vermögen und seine Einnahmen richtig angab.

Im Betriebsratsausschuß der Nationalversammlung wurde bei der heutigen Sitzung u. a. ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einstimmig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung von Fabrik- und Betriebsräten herbeigeführt wird. Weiter wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag eine Änderung in der Bestimmung über die Endzahl der Betriebsratsmitglieder getroffen, die die Höchstzahl auf 80 festsetzt.

Politische Neuigkeiten.

Milderungen?

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat klar sei über die Gefahr, die deutschen Reaktionen durch allzu straffes Spannen des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Milderungen geneigt. Die Pariser und Londoner Drahtungen des „Secolo“ lassen den Gegensatz der französischen und englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen. Der römische Gewährsmann des „Secolo“ macht für die heutigen Schwierigkeiten den Versailler Frieden und die Forderung des BVerbandes verantwortlich. Die Rettung könne nur durch eine territoriale Wiederherstellung Europas auf Grund des Nationalitätsprinzips sowie durch Beseitigung der Gewalt Herrschaft, durch Abrüstung und Völkerverbund erfolgen. Statt der Regierungen müßten die Völker auf diesem Wege vorgehen.

Aus den Kautsky-Akten.

In den soeben bekannt gewordenen Veröffentlichungen Kautskys über die Vorgeschichte des Weltkrieges finden sich zu der Haltung, die die deutsche Regierung gegenüber der Wiener Politik nach dem Attentat von Sarajewo eingenommen hat, die folgenden Zitate, bei denen die Randbemerkungen des Kaisers in Klammern gesetzt und mit einem W. versehen sind:

Am 30. Juni 1914 sandte Votschastler Tschirsky an den Kaiser den folgenden Brief:

Graf Berchtold teilt mir heute mit, daß alles darauf hinweise, daß die Draht der Verschönerung, deren Opfer der Erzherzog geworden ist, in Belgrad zusammengefallen. Die Sache war so fein eingefädelt, daß man mit Recht ganz junge Leute zur Ausführung der That ausgesucht hätte, die nur zu milderen Strafen verurteilt werden können. (Nicht zu hoffen!) Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen Radikalschichten aus. Hier höre ich auch von ernstlichen Menschen sehr oft den Wunsch, daß man jetzt einmal gründlich mit den Serben abrechnen muß. (Nicht oder nie!) Man solle den Serben, heißt es, erst eine Reihe von Forderungen stellen, und wenn die nicht angenommen werden, kräftig durchgreifen. Ich nehme jede Gelegenheit wahr, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor überreichten Schritten zu warnen. Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist ganz dumm! Geht ihn überhaupt nichts an, da es ausschließlich Sache Österreichs ist, zu entscheiden, was es jetzt tun will. Später wird es dann hel-

Aus dem Konzertleben.

Drittes Sinfonie-Konzert des Opernorchester des Landes-Theaters.

Ein romantischer Zug verband sämtliche Musikstücke des Programms zu einer inneren Einheit. So kam ein romantischer Abend zustande. Auch Hermann Roedel, hier erstmals durch seinen „Meister Guido“ bekannt geworden, hat etwas vom Romantiker in sich. Schon seine Stellung zum Stoff scheint darauf hinzudeuten. Gestern Abend war es seine Overtüre, „Frau Aventure“, die unter der Komposition eigener Leitung vom Opernorchester des Landes-Theaters uraufgeführt wurde. Scheffels bekannte Dichtung hat in dem Komponisten Phantasie geweckt und die Schaffenskräfte „Genast in Nacht und Sonne, Ist uns die klare Zeit, sind als Leitmotiv der Musik vorangestellt. In der Farbung ist Roedel Impressionist. Sein Orchester schillert in den Farbenmischungen und Klangkombinationen, die uns durch Richard Strauß vertraut geworden sind. Mag R. Strauß Stern auch schon im Verblaffen sein, dieses Verdienst um die Bereicherung der Orchestersprache wird ihm niemand streitig machen können. Und so fügen alle modernen Musiker, die noch im Sinne impressionistischen Stils stehen, irgendwie auf R. Strauß. Inhaltlich hat der Komponist aber den Rauber der Scheffelschen Dichtung, das Grundmotiv wenigstens, in seine Musik gebracht. In dieser melodischen und von Wohlklang überfließenden Musik ist ein Klagen und Singen, ein Jubilieren und Aufschreien, ein Schwellen und Drängen zum Lichte, wie es nur ein Sonntagtag geboren haben kann. Im Aufbau ist der Dramatiker nicht zu verkennen. Mit sicheren Strichen ist ein wirkungsvoller Höhepunkt gestaltet. Auffallend in der Instrumentation ist die Verwendung des Tamburins. Der Klang will sich mit dem breit dahin strömenden Orchester nicht recht vermischen. Ob der Musiker irgendwie eine Schelmerei damit bezweckt, ist nicht ganz klar. Komponisten sind nicht immer geschickte Dirigenten. Der Künstler wußte aber das Orchester außerordentlich sicher und bestimmt zu leiten und zur vollsten Entfaltung seiner Klangkraft anzufeuern, so daß die Komposition in strahlender Schönheit aus der Taufe gehoben wurde unter dem herrlichen Beifall der Zuhörer.

Auch Herr Cortolezis, der zum Schluß des Konzerts Schumanns Sinfonie dirigierte, erntete für die sein abgestimmte und von feurigem rhythmischem Schwung getragene Wiedergabe lebhaftes Anerkennung.

Im Mittelpunkt des Konzerts standen aber die von Bertha Dehmloew gesungenen Lieder. Endlich mal wieder eine Künstlerin, die die schwere Kunst des Gesangs in vollem Umfang beherrscht und die ihre herrliche Stimme zu einem gefügigen Instrument geschult hat, das den leisesten Winken

gehört. Aussprache, Atemführung und Klangbildung sind einwandfrei, Stimmumfang und Tonvolumen von erstaunlicher Größe. Das schönste ist der edle, geläuterte, tiefbeseelte Vortrag. So wurden die Lieder von Schubert und Schumann, von Wolf und Strauß in ihrem Reine zu einem neuen Erlebnis. „Wehlaß Gefang“ war eine ihrer herrlichsten Leistungen, von einer Steigerung, die durch die Macht des Ausdrucks, durch die Verinnerlichung des Gefühls und die reine Schönheit des Klanges tief ergreift. Das Konzert hätte ein volles Haus verdient, leider wies es große Lücken auf.

Wohlthatigkeitskonzert zugunsten der vertriebenen Elsaß-Lothringer. Ein Wohlthatigkeitskonzert ist nicht immer eine musikalische Wohltat. Daraus krankte auch dieser Abend. Bedenken sind gegen das Programm zu erheben, das in seiner reaktionären Stillosigkeit alle Fortschritte in der Richtung der Einheitsaufmerksamkeit zu Schanden machte und in immer dünner werdender Flawlerlosigkeit endete. Einzelnes fand trotzdem verhältnismäßig günstige Aufnahme, weil das zerstückelte Interesse durch die Kraft der Interpretation zusammengezogen und das — im letzten Saale — körperliche Unbehagen wenigstens zeitweise durch transzendente Gefühle gehoben wurde. Elisabeth und Bruno Stürmer sind allmählich als künstlerisch gewissenhafte und klug ausgleichende Interpreten bekannt. Das trat in dem exotisch anmutenden „Scherzo“ benannten Violinkonzert Schumanns wieder zutage, auch in dem unwiderstehlich an seine ausgereiften Werke mahnenden Violin-satz c-moll von Brahms, neben dem sich Stürmer in Anlage und Ausführung beachtenswerter Arbeit immerhin behaupten konnte. Dekorative Feinheiten der Violine sollten die letzten 3 kleine Stücke zeigen; es gelang bei Connerie-Kreisler und Wieniawski, jedoch versagten beide beim Porhilo Sarasate's, der Violine fehlte die elastische Inbrunst und dem Klavier in der Snappen Begleitgebäude die dramatische Stütze. Auch in der Beethoven-Sonate kam es nicht zur musikalischen Einheit, da das Klangolorit der Geige oft peinlich mager, dagegen die Aufmerksamkeitskraft der Begleiter sich überaus temperamental, dämonisch anließ. Jan van Gorkoms Konzert-gesang ist auch heute noch schwerlicher Ohrenschmerz, auch wenn er hier und da etwas gewaltig aufpufft, gelangt doch immer die prachtvolle, fantasievolle Ausdruckssteigerung. Neben solch machtvoll rauschenden Kurven hatte die Sängerin von vornherein einen schwierigen Stand. Will man ihre Geistesfreiheit wiederfahren lassen, so muß der vieles verzehrende Kritiker auf eine Stellungnahme zu den 2 alt-italienischen Arien verzichten und muß sich an den „Regewer“ Schuberts und den zugegebenen Wahns halten, denen die Persönlichkeit der Frau Elisabeth Friedberg eine Darstellung eigener Prägung zu geben wußte. Das Organ scheint überhaupt für

bien einzunehmen — worüber Graf Szögény telegraphisch hat — will der Minister gern in Erwägung ziehen. Dabei muß man aber nach seiner Meinung sehr vorsichtig vorgehen, um Serbien nicht vorzeitig zu alarmieren.

Am 18. telegraphisch Tschirsky: „Der Minister (Berchtold) ist jetzt selbst der Überzeugung, daß man so schnell als möglich handeln muß. (Kon W. zweimal unterbrechen.) Er hofft, sich morgen mit Tissa über den Text der Note, die an Serbien geschickt werden soll, zu einigen, und wird sie dann Mittwoch, den 16. Juli, in Tschirsky dem Kaiser vorlegen, worauf dann sofort — also noch vor Abreise Poincarés nach St. Petersburg — das Schriftstück in Belgrad ausgehändigt werden kann.“

Kleine Nachrichten.

Die Kanalisierung des Redarons ist, wie uns aus Berlin gebracht wird, in einer Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und des süddeutschen Kanalvereins unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Bell und in Anwesenheit von Unterstaatssekretär Peters als eine der allernächsten Bauaufgaben auf dem Gebiete der Innenwasserstraßen bezeichnet worden. Allgemeine Übereinstimmung herrschte darüber, daß der Ausbau des Redarons nur als Großschiffahrtsweg für 1200 Tonnenschiffe erfolgen dürfe.

Die amtlichen deutschen Dokumente. Bei einer Pressekonferenz in Berlin wurden Dienstag Abend den anwesenden Zeitungsvertretern die vier Bände der amtlichen deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch ausgehändigt. Zugleich wurde ihnen eine Anzahl Telegramme in einem Auszug überreicht, die von den Bearbeitern als besonders wichtig angesehen wurden.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlruhe, 10. Dez.

In den Landtag tritt anstelle des ausgeschiedenen Abg. Göhring Bürgermeister Stork-Schallstadt als Abgeordneter der deutschen demokratischen Partei ein. Nach Verantwortung zweier kurzen Anfragen durch den Minister des Innern Kemmle, wurde ohne Debatte der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Wohnungsgeldtarifs einstimmig angenommen. Es werden ferner förmliche Anfragen erlieht.

Abg. Weßhaupt (Str.) begründet eine förmliche Anfrage seiner Partei betr. die Ablieferungsprämie für Brotgetreide und Gerste und bittet, diese während des ganzen Jahres 1920 zu bewilligen, da sonst die Produktion verjage. Preise für landwirtschaftliche Produkte müssen dem Produktionsniveau entsprechend erhöht werden.

Minister des Innern Kemmle lehnt es ab, in der Grünlandfrage nochmals beim Reich vorstellig zu werden, weil ein solcher Versuch aussichtslos sei. Eine Ausdehnung der Auflieferungsprämie über den Oktober hinaus, sei nicht zu erwarten. Weßhaupt bittet um Erhöhung der Grundpreise für Brotgetreide und Kartoffeln. Wir nähern uns der Zeit, wo wir unsere Haltung ändern müssen. Wir müssen suchen, alles aus der Landwirtschaft herauszubringen, wenn nicht eine große Hungersnot entstehen soll. Die Landwirtschaft machen die Produktion abhängig von ausländischem Preis; sie dürfen aber die Folgen in den Städten nicht übersehen. Um aus dem Elend herauszukommen, müssen wir uns dem Weltmarktpreis nähern, aber dann auch für den 8-fach höheren Weltpreis die Löhne und Gehälter erhöhen. Können wir den Sprung nicht auf einmal machen, dann müssen wir ihn auf zweimal machen. Die Hilfe Amerikas in der Salustfrage wird ein Tropfen auf einen heißen Stein sein. Billiger ist, was wir selbst erzeugen. Es war ein Fehler, daß man Wissen und Möllendorff gehen ließ. Wir brauchen eine Landwirtschaft und Regelung der Ein- und Ausfuhr. Für 4 Milliarden wurde die Zigaretten eingeführt (Hört, hört). Wir verzichten mehr, als wir erzeugen. Die Einfuhr muß auf notwendige beschränkt werden. Wir müssen uns mit der Landwirtschaft

suggestiv dramatische Linie geeigneter, dem rein lyrischen Gefühlsmäßigen fehlt die Ruhe des Tones, und in der Auffassung der ausgereiften künstlerischen Auftrieb. Dem nicht ganz unbedritten künstlerischen Erfolg des Abends, an dem neben Herrn Stürmer auch Frau Elsa Wed als Begleitin teil hatte, fehlte auch das gutgemeinte finanzielle Ergebnis. Denn nur wenige Zuhörer waren der Verpflichtung nachgekommen, ihren bedrängten Landesteuten zu helfen. H. Sch.

Büchertisch.

Deutsches Sagenbuch, herausgegeben von Prof. Dr. von der Hagen (G. S. Ved-München). In vier Teilen hat der Herausgeber den gesamten Sagenhaushalt des deutschen Volkes zusammengestellt. Aber die vor Jahren schon erschienenen Teile: die Götter- und Götterfagen der Germanen, die deutschen Heldensagen, die deutschen Volksfagen, ist in diesem Blatte f. B. berichtet worden; es wurde hingewiesen auf die bedeutende Fortschreibung, die diesem Werke zugrunde liegt, und auf die klare und schöne Form, in der das kritisch verarbeitete dem deutschen Leser dargeboten wird. Jetzt ist der letzten Teiles erste Hälfte erschienen: die deutschen Sagen des Mittelalters von Karl Wehrhan. Sie umfassen die Sagen, die sich an die deutschen Kaiser und Herren anschließen, von Karl dem Großen bis Maximilian I., und bietet in dieser eine Fülle historisch, künstlerisch und ethnisch wertvollen Stoffes. Jeder dieser Bände bildet ein in sich geschlossenes Ganzes, das ganze Sagenbuch einen außerordentlich wertvollen Hauschat für das deutsche Volk, belehrend, bereichernd, erhellend für Jung und Alt, aus dem wir uns der Größe und Tiefe deutschen Wesens und deutscher Seele erinnern, wie sie sich in diesen Sagen durch die Jahrhunderte hindurch nach ihrem ewigkeitsgelte als ausdrückt, tröstende, zuversichtliche, verheißende Worte schöpfen können, die uns in dieser Zeit der Not ganz besonders woflun, geeignet, und aufzurichten in Stolz auf die, trotz aller Anfeindung, große, einzigartige, unvergängliche und unentbehrliche Kulturmission des deutschen Volkes.

Traumgewalten. Novellen von Bill Kesper (G. S. Ved-München). Ein kleines, hübsch ausgestattetes, leichtes, Bändchen eines großen Dichters voll schwerer, tiefer, Unter der lauten und bunten Oberfläche des Lebens und der sichtbaren Gedankens herrschen dunkle stille Traumgewalten, die nur der Dichter, fühlen, sehen, lieben und darstellen kann. Das Unausprechliche, düster Verfließende ausgeprochen vom Dichtermund, gebannt von harter Dichterkraft. Es sind ernste Roesien, weltferne leise Klänge, die aber doch manches Ohr erreichen, in mancher tiefen Seele gleich gestimmte Saiten ergreifend zum Anfliegen bringen werden. D.

